

AUS DEM BUNDESTAG

BETTINA M. WIESMANN MdB



22. Juni 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Schwere und das Leichte liegt in Europa oft eng beieinander. Während der Umgang mit den teils erfreulichen, teils bedenklichen Wahlergebnissen vom 9. Juni in vielerlei Hinsicht noch unklar ist und die Ampelparteien sich noch immer weigern, Konsequenzen aus ihrer Wahlniederlage zu ziehen, führt die EURO 2024 uns vor Augen, was Europa auch sein kann: ein Ort der Leichtigkeit und Verbundenheit über Lager und Nationen hinweg.

Ergebnis der Europawahl: Quittung für die verfehlte Politik der Ampel

Das deutsche Ergebnis – 31% für die Ampelparteien zusammen, nur wenig mehr als die 30% für die Union – ist eine deutliche Quittung für die völlig verfehlte Politik der Ampel in Berlin.

Unverantwortliches Zögern und Zaudern in der Ukrainepolitik, blankes Nichtstun in der Sicherheits- und Migrationspolitik, kopflose Klimapolitik an der wirtschaftlichen und sozialen Realität vorbei, De-Industrialisierungskurs in der Energiepolitik, dramatische Fehlanreize beim Bürgergeld und irrwitzige Rentenzusagen zu Lasten der kommenden Generationen – das ist die Ampelbilanz ein gutes Jahr vor Ende der Legislaturperiode. Dass der Grünen-Vorsitzende Omid Nouripour MdB am Wahlabend mahnte, man dürfe die gute Politik der Ampelkoalition nicht zerreden, wirkt genauso hilflos wie die Reaktion des hessischen Vizevorsitzenden der SPD, Kaweh Mansoori, man müsse zur eigenen Politik eben mehr kommunizieren. Die Menschen urteilen aber nach realen Lösungen für Probleme, und da kommt bei der Ampel entweder nichts oder aber verfehlte, häufig ideologiegeleitete Politik.

Anders als Macron scheint Kanzler Scholz der Vertrauensverlust in seine Regierung nicht zu kümmern. Präsident Macron hat noch am Wahlabend die Konsequenz aus der verheerenden Wahlniederlage seiner Partei in Frankreich gezogen und die Nationalversammlung aufgelöst. Scholz sollte die Vertrauensfrage stellen und den Weg für eine stabile Mehrheit mit dem notwendigen Rückhalt in der Bevölkerung frei machen.

Zu den erfreulichen Ergebnissen gehört die Wahlbeteiligung, die deutschlandweit auf knapp 65 Prozent gesteigert werden konnte. In Frankfurt lag sie mit 62,1 Prozent ebenfalls höher als zuletzt. Es ist also gelungen, mehr Menschen auf die Bedeutung der Europawahl aufmerksam zu machen und zum Wählen zu motivieren – eine gute Voraussetzung dafür, dass Europapolitik stärker wahrgenommen und in ihrer Bedeutung für unser Alltagsleben erkannt wird.

Präsident Selenskyj im Bundestag

In einer kämpferischen Rede in Anwesenheit zahlreicher Abgeordneter der ukrainischen Rada fand Präsident Wolodymyr Selenskyj zwei Tage nach der Europawahl im Deutschen Bundestag die richtigen Worte, um klarzumachen: Es ist an uns, den Traum von einem Europa des Friedens und des Lebens Wirklichkeit werden zu lassen. Dazu braucht es vor allem Zusammenhalt, Einigkeit, Kühnheit und – wie Selenskyj mehrfach betonte – politische Führung.

Mehrfach dankte Selenskyj in seiner Rede uns Deutschen – nicht nur für die Lieferung von Patriots und anderen Waffensystemen, sondern auch für die Aufnahme hunderttausender Ukrainer, vor allem Frauen und Kinder, die vor dem Krieg fliehen mussten.

Keinen Zweifel ließ Selenskyi daran, dass die Ukraine alles unternehmen wird, um den von Russland begonnenen Krieg zu gewinnen – im Interesse der Ukrainer, aber auch im Interesse Europas und nachfolgender Generationen. Mit Blick auf all jene, die glauben, die Ukraine könne den Krieg nicht gewinnen, hob er hervor, dass sein Land der russischen Aggression seit nunmehr 839 Tagen standhält und damit längst bewiesen hat, dass es mit Hilfe seiner Verbündeten fähig ist, gegen Russland zu bestehen.

Als Union haben wir der Ampelregierung unter Kanzler Scholz mehrfach unsere Unterstützung angeboten und Vorschläge unterbreitet, der Ukraine schnell, unbürokratisch und wirksam mit dringend benötigten Waffen und Munition zu helfen. Der Kanzler hat seine Linie des Zögerns und Zauderns leider nie verlassen, so dass die meiste Hilfe zu spärlich und zu spät kam, um eine Wende herbeizuführen. Es bleibt zu hoffen, dass Scholz sich von Selenskyjs Appell, politische Führungsverantwortung zu übernehmen, angesprochen gefühlt hat und endlich handelt.

Bezeichnend war, dass die AfD-Fraktion und die Gruppe des BSW dem mutigen Präsidenten nicht einmal die Ehre ihrer Anwesenheit erweisen mochten. Die Freunde Putins sind Feinde des freien, selbstbestimmten Europas.

Aktionsplan sexuelle und geschlechtliche Vielfalt

Die Ampel feiert sich für ihre LSBTIQ-Politik, dabei schwankt sie zwischen grünen Irrwegen und bloßem Stillstand. Außer der umstrittenen Reform zur Abschaffung des Transsexuellengesetzes hat die Ampelkoalition bisher nicht viel für die Community hinbekommen. Dies kann auch die hektische Aktivität nicht verdecken, die die Regierung aktuell um den nationalen Aktionsplan „Queer leben“ entfaltet. Er liegt im Wesentlichen seit Jahren vor, wurde aber erst jetzt, passend zur CSD-Saison, ins Parlament eingebracht.

Im Vergleich dazu haben wir in der letzten CDU-geführten Koalition bis 2021 viel Wichtiges bewegen können, wie ich am vergangenen Mittwoch (12.06.) im Plenum des Bundestages klargestellt habe: Wir haben u.a. den Eintrag „divers“ im Personenstandsregister, das Verbot von Operationen an intersexuellen Kindern, die Rehabilitation soldatischer Opfer des § 175 Strafgesetzbuch, das Verbot von Konversionsbehandlungen an jungen und willensschwachen Menschen und schließlich die Einführung des gemeinsamen Adoptionsrechts für homosexuelle Paare erreicht.

Was die Ampel aber durchgesetzt hat bzw. konkret plant, verletzt elementare Bedürfnisse und Rechte junger Menschen. Nach dem von der Ampel beschlossenen Selbstbestimmungsgesetz

genügt ein einfacher Umtrag beim Standesamt nach unverbindlicher Beratung ohne Qualitätsanforderung, um diese weitreichende Entscheidung bereits mit 14 Jahren zu treffen. Beim geplanten neuen Familienrecht für homosexuelle Eltern geht es nur um die Selbstbestimmung der Eltern, selbst wenn sie mit den Persönlichkeitsrechten der Kinder kollidieren. Einsatz für Kinderrechte? Offenbar nur, wenn sie den eigenen Zielen dienen. Das ist nicht Politik für Menschen, sondern Ideologie.

Vor Ort in Frankfurt: 100-Jahr-Feier der Feuerwehren von Bergen und Enkheim

Mit einer akademischen Feier haben die Feuerwehren von Bergen und Enkheim am Sonntag (16.06.) in der Stadthalle Bergen-Enkheim ihr einhundertjähriges Bestehen gefeiert. Es war mir ein Bedürfnis, den ehrenamtlich tätigen Feuerwehrleuten für ihren großartigen Einsatz zu danken – für die viele Zeit, die sie investieren; die Bereitschaft, für andere ins Risiko zu gehen; die Verlässlichkeit, mit der sie sich engagieren; die Offenheit, mit der sie immer neuen Herausforderungen und Veränderungen begegnen; und für das Vorbild, dass sie anderen, insbesondere jüngeren Menschen sind. Als Politiker sind wir in der Pflicht, für angemessene Ausstattung und Einsatzbedingungen sowie für Sicherheit, Respekt und Anerkennung der Einsatzkräfte in der Blaulichtfamilie – im Ehren- wie im Hauptamt – Sorge zu tragen.

Frankfurter Stiftung für krebskranke Kinder

Am Dienstag (18.6.) habe ich die Frankfurter Stiftung für krebskranke Kinder besucht. Hier werden in weltweit einmaliger Weise resistente Tumorzellen gezüchtet, bei unter minus 190 Grad Celsius aufbewahrt und der Forschung zur Verfügung gestellt. 60 Forscher nutzen die Einrichtung des Interdisziplinären Labors für pädiatrische Tumor- und Virusforschung. Die Forscher haben in jahrelanger Arbeit über 2.800 Zelllinien entwickelt und dabei beobachtet, wie die Resistenz einzelner Zellen sich herausbildet. Dadurch bilden sie die Grundlage für Krebsforschung weltweit, damit Medikamente für jede Krebsvariante und jede Ausprägung gefunden werden, andere dagegen ausgeschlossen werden können. Durch die Krebsforschung konnten die Heilungschancen von Kindern mit bestimmten Krebserkrankungen von 30% in den 80er-Jahren auf mittlerweile über 80% gesteigert werden. Und die Behandlung Erwachsener profitiert ebenso von der Erforschung der Krebszellen.

Die Stiftung wurde vor 30 Jahren von Eltern krebskranker Kinder gegründet und konnte dank einer großzügigen Spende vor 20 Jahren das Dr.-Petra-Joh-Forschungshaus in Niederrad errichten. Mit Dr. Jürgen Vogt, Vorstandsvorsitzender der Stiftung, Laborleiter Dr. Florian Rothweiler, dem Leiter der Virusforschungsgruppe im Forschungshaus, Dr. Jens-Uwe Vogel, und Geschäftsführer Marcus Klüssendorf diskutierten wir die Perspektiven dieses Forschungs-Kleinods mitten in Frankfurt. Auch das Labor und die Kryotanks mit den wertvollen Zelllinien durfte ich besichtigen. Begleitet hat mich Verena David, die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Römer.

Besuch bei der Deutschen Sportjugend in Frankfurt

Fast 10 Millionen Kinder und Jugendliche sind deutschlandweit Mitglied in einem Sportverein. Ihr Verband, die Deutsche Sportjugend, repräsentiert damit etwa die Hälfte der Jugend in unserem Land. Entsprechend bedeutend sind die Schwerpunkte, die der Verband mit Sitz in Frankfurt seit einigen Jahren gesetzt hat: Aufarbeitung sexualisierter Gewalt an Schutzbefohlenen – einige Missbrauchsfälle wurden von den Medien aufgegriffen –; Entwicklung von Schutzkonzepten für Kinder und Jugendliche, die für jeden Verein handhabbar sind; Beratung und Hilfestellung für alle im Sport, die mit sexuellem Missbrauch,

psychischer Gewalt oder auch Verwahrlosung konfrontiert sind. Begonnen haben die Sportler mit ihren Bemühungen um Kinderschutz in allen Disziplinen schon vor mehr als 10 Jahren – beispielhaft! Auch setzt sich der Sportbund für die Beachtung der Kinderrechte ein.

Mit dem Programm "MOVE" wurde ein breitenwirksames Konzept entwickelt, um vor allem Kleinkindern zu mehr Bewegung in Kita und zuhause, in Schule und Ganztags zu verhelfen. Es gibt viele Kooperationen mit Schulträgern zur Gestaltung von Angeboten an den Schulnachmittagen. Gerade hier, darüber haben wir ausführlich diskutiert, ist es von wesentlicher Bedeutung, ausreichend Stellen im Jugendfreiwilligendienst zur Verfügung zu stellen. Denn ohne junge Trainer, die die Programme in den Schulen mitorganisieren und umzusetzen helfen, könnte die Aufgabe des Ganztags gar nicht bewältigt werden. Gleiches gilt für den internationalen Jugendaustausch und Sportveranstaltungen, in denen zugleich Grundlagen des demokratischen Umgangs miteinander und Formen der Beteiligung vermittelt werden.

Es erstaunt vor diesem Hintergrund, dass die Sportjugend aus den entsprechenden Programmen des Familienministeriums, dem Kinder- und Jugendplan sowie dem Programm „Demokratie leben!“ vergleichsweise wenig Mittel erhält, die zudem trotz der rasanten Inflation in den letzten Jahren nicht aufgestockt worden sind. Das nehme ich mit nach Berlin.

Mein Dank gilt Leon Ries, Geschäftsführer der Sportjugend und selbst aktiver Fußballtrainer, und seinen Mitstreiterinnen für einen ausführlichen Austausch gestern in Frankfurt zu meinen Berliner Themen Jugendhilfe, Schutz vor und Aufarbeitung von Missbrauch sowie Demokratieförderung, die alle maßgeblich im Sport verankert sind!

Am Sonntag im Herzen von Europa: Schweiz gegen Deutschland

Mit Blick auf das alles beherrschende Thema dieser Tage wünsche ich Ihnen ein heiteres EM-Wochenende und vor allem einen souveränen Sieg unserer Nationalmannschaft bei uns in Frankfurt.

Ihre

Bettina M. Wiesmann MdB